

Unfreier freier Hochschulzugang

Der freie Hochschulzugang ist tot, es lebe der „freie“ Hochschulzugang. Seit Einführung der Studiengebühren 2001 ist nichts mehr so wie es war, oder doch? Dieser Artikel betrachtet mit kritischem Auge den Hochschulzugang und dessen Zukunft in Österreich und zeigt auf, warum Studiengebühren fehl am Platze sind.

Dieser Tage wird in den Medien wieder öfter das Schlagwort Studiengebühren erörtert, ist es ja ein heißes Thema bei den Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden Großparteien (gewesen?). Viele Meinungen prallen aufeinander, selbsternannte Bildungsexperten wollen Studiengebühren gar erhöhen, andere wiederum ein Kreditsystem einführen. Eine Frage die dabei alle vergessen: Wie kommt ein Studierender überhaupt in die Lage, Studiengebühren zahlen zu dürfen? Auch diese Frage ist neben der Thematik der Studiengebühren an sich eine immer wichtigere, verlangen die Rektoren ja noch mehr Freiheiten bei den Regelungen zum Hochschulzugang selbst.

Neue Hürden?

Bisher konnten sich zukünftige Studierende – durch Matura als studierfähig befunden – ungehindert und uneingeschränkt an allen Universitäten und für alle Studienrichtungen einschreiben für die er oder sie sich interessierte. Nur auf Kunstuniversitäten gab es bisher Aufnahmeprüfungen. Wie wir wissen, gibt es nun schon einige Studienrichtungen, in denen Aufnahmetests darüber entscheiden, ob ein junger Mensch sein gewähltes Studium studieren darf oder nicht. Universitäten fordern immer öfter, dass sie sich ihre Studierenden aussuchen wollen, auch auf der TU konnte man das von manchen Professoren schon hören. Gewichtete Maturanoten, praktische Tätigkeiten, schriftliche Einstellungstests,

Auswahlgespräche und schriftliche Motivationsbekundungen: alles Dinge, die sich so mancher Rektor für seine Universität vorstellen könnte.

Dass dieser Katalog an Auswahlkriterien nur dazu dient, die Zahl der Anfänger und Anfängerinnen zu reduzieren und nur die angebliche Elite zu extrahieren, stört anscheinend nicht weiter. Aufnahmetests werden wichtiger als 12 Jahre Schulausbildung, wer im Auswahlgespräch einen guten Tag hatte, darf studieren, wer einen schlechten hatte, darf es nächstes Jahr noch einmal versuchen. Das Sahnehäubchen der Absurditäten in solche einem Auswahlkatalog ist aber wahrlich die schriftliche Motivationsbekundung. Es ist also wichtig, wieso Menschen studieren. Wer sich einfach für etwas interessiert, ist für die Universität weniger attraktiv als jemand der schnell Karriere machen will. Wer sich schlecht verkauft, hat verloren.

Wie wir anhand der teuren Vorbereitungskurse für Mediziner sehen, ergibt sich ein völlig neuer Markt an Dienstleistungen, die das Bestehen der Einstellungstests, Auswahlgespräche und Motivationsbekundungen garantieren sollen. Wer Geld für Bücher, Bewerbungstraining und solche Dienstleistungen hat, wird leichter an einen Studienplatz kommen, als jene, die kläglich versuchen, sich selbst vorzubereiten. Auch die Aufnahmetests selber werden bald Geld kosten, so ein Test samt Bewerbungsgespräch verschlingt nunmal Zeit, das kann schon mal 100 € kosten. Wer sich an mehreren Universitäten bewirbt, muss dann natürlich noch tiefer in die Geldtasche greifen. Das wird dann die Zeit sein, wo es nicht nur Studienkredite gibt, sondern auch Studienbewerberkredite mit denen man sich Bewerbungstrainings finanzieren kann. Beim Übergang zum Master muss das ganze Prozedere natürlich nochmal durchgeführt werden, wer will schon überfüllte Masterstudien?!



Christian Dobnik

Alternativen!

Nicht nur die Einführung solcher Auswahlmöglichkeiten an sich ist falsch, sondern auch deren Ziel. Jeder Mensch soll frei entscheiden können, was, wo und wie lange er studieren möchte. Menschen sollen nach ihren Interessen handeln und das funktioniert nur, wenn sie auch selbst entscheiden dürfen, was sie studieren.

Völlig freie Bildung klingt zwar utopisch, aber mit der Richtigen Bildungspolitik kann man wenigstens der Idee ein wenig näher kommen. Studienrichtungen müssen freier gestaltet werden, damit können Studierende einerseits besser ihren Interessen nachgehen, andererseits können somit auch Kapazitätsengpässe beseitigt werden. Die Beschränkung des Masterstudiums darf gar nicht erst Thema werden. Generell müssen Studienrichtungen wieder universeller werden, durch die Inflation ganz spezieller Bachelor-Studien verkommt die Bildung von Universitäten zur Ausbildung für spezielle Sparten – eine Entwicklung, deren wir alle kritisch entgegnetreten sollten.

Und warum nun Studiengebühren?

Es gibt zwei Sorten von Politikern in Österreich, die einen sind für Studiengebühren, die anderen dagegen. Das große

Problem: jene, die dafür sind, konnten noch nie einen sinnvollen Grund für die Studiengebühren nennen. Es wird mit Statistiken und Studien argumentiert, dass sich mit Einführung der Studiengebühren nichts verändert hätte, die Zahl der Studienanfänger und -anfängerinnen gewachsen ist und die Stipendientöpfe sowieso nicht ausgeschöpft werden.

Jüngste Vorstöße zum Thema wollen gar ein sozial verträgliches Kreditfinanzierungssystem etablieren, dass allen Menschen ermöglichen soll unabhängig vom Einkommen des Elternhauses zu studieren. Bisher konnte weder empirisch noch theoretisch nachgewiesen werden, dass „sozialverträgliche“ Studiengebühren möglich sind.

Universitäten beklagen sich, dass sie viel zu wenig Geld hätten und beharren natürlich auf die Studiengebühren oder fordern gar die Freigabe dieser um sie noch deutlich zu erhöhen. Das Problem der Geldnot liegt aber tiefer. Wie auch in Nachbarstaaten zu beobachten reagiert der Staat in Folge der Einführung von Studiengebühren mit der Reduzierung der öffentlichen Zuschüsse. Letztlich bleibt für die Universitäten also kein Gewinn. Der Staat nutzt indirekt die Studiengebühren dazu, um sein eigenes finanzielles Engagement zurückzufahren.

Vielfach werden Studierende auch als Kunden der Universität angesehen. Doch als zahlende Kunden sollten wir alle Mitspracherecht bei der „Dienstleistung“ der Universität haben, dieses Recht gibt's aber nicht, genausowenig wie eine Geldzurück-Garantie. Wenn wir ein Auto kaufen, und uns gefällt das Angebot eines Händlers nicht, ist es sehr einfach zum nächsten zu gehen. So funktioniert das aber bei Studierenden nicht. Das Auswahlkriterium für eine bestimmte Stadt und eine bestimmte Universität sind oft andere als das Angebot der Studiemöglichkeiten: Studien belegen, dass viele Studierende gerne dort studieren, wo sich ihr soziales Umfeld befindet, ihre Freunde oder auch ihre Familie.

Gebühren für Langzeitstudierende

Studierenden studieren zu lange, so ein Argument der Rektoren und Politikern bzw. Politikerinnen dieser Tage. Leider fragt sich niemand, warum ein Studierender länger als eine gewisse „Mindeststudienzeit“ braucht, sondern es wird nun einfach auf diese abgezielt. Es könnten ja entweder nur „Langzeit“-Studierende zur Kasse gebeten werden, oder diese zahlen einfach mehr, sie brauch ja so lange. Ursachen für eine lange Studiendauer gibt es viele, sie es die Schwierigkeit des Fachgebietes oder sie sozialen Verhältnisse, die dazu führen, dass der Studierende nebenbei arbeiten muss. Ich will nicht alle Ursachen aufzählen, jedenfalls ist klar, für alle Studierenden sollte es keine Studiengebühren geben, „Langzeit“-Studierende studieren nicht aus Spaß so lange.

Andere Länder, andere Sitten, keine Gebühren

In der Debatte um Studiengebühren wird oft darauf verwiesen, dass es quasi überall Studiengebühren gäbe und dies somit international üblich ist. Konsequenterweise wird dabei, dass es auch Beispiele von Ländern ohne Studiengebühren gibt. Ein Blick in die skandinavischen Länder und man wird schnell fündig, neben der Gebührenfreiheit ist dort auch die Studienfinanzierung weit fortgeschritten. In Finnland erhalten Studierende elternunabhängig monatlich 260 € Förderung, Mietkostenzuschüsse sind neben staatlich garantierten Darlehen in allen skandinavischen Ländern Standard.

In Finnland gibt es seit den frühen 70ern keine Studiengebühren, 1997 wurde die Gebührenfreiheit des Studiums gesetzlich verankert. Die Universitäten finanzieren sich durch 65 % aus staatlichen Mitteln, wobei eine Art Zielvereinbarung erfolgt. In Schweden ist studieren ebenfalls grundsätzlich gebührenfrei. Die Mittelverteilung für die Universitäten ist hier jedoch äußerst komplex und stützt sich auf Kriterien wie inskribierte Studierende und die Quote der abgelegten Prüfungen. Auch in Norwegen darf man „gratis“ studieren. Finanziert werden

norwegische Universitäten zu 60 % durch eine Grundfinanzierung. Der Rest wird wiederum nach verschiedenen Leistungskriterien verteilt.

Abschaffung!

Das Ziel der neuen Regierung muss es sein, die unsozialen Studiengebühren so schnell wie möglich abzuschaffen. Es schadet nicht, als österreichischer Politiker oder Politikerin einmal aufzuschauen und sich andere Länder als Vorbilder anzuschauen. Die Länder, die merkwürdigerweise in der OECD-Studie zur Bildung überdurchschnittlich abschneiden, sind auch die Länder, die keine Studiengebühren einheben. Merkwürdig, nicht war?

Bildung und Ausbildung ist eine gesellschaftliche Verantwortung und Verpflichtung, Studiengebühren stehen dazu klar im Widerspruch.

Mein Dank geht an Johannes Gütschow aus Braunschweig und der deutschen Studiengebühren-Plattform uebergebuehr.de, aus dessen Schriften einige Ideen und Zitate in diesem Artikel stammen.

Ich fordere hiermit die zukünftige Regierung auf, Bildung als wertvolles Gut anzusehen und für soziale Gerechtigkeit im Hochschulzugang zu sorgen. Schafft die Studiengebühren ab!

Christian Dobnik
Universitätsvertretung
dobnik@htu.tugraz.at